

Kommunale Finanzkonferenz, 07.06.2010 in Düren

Landrat Günter Rosenke spricht stellvertretend für die Landräte zur Finanzsituation der Kreise

- Kurzstatement-

Anrede,

von den 11 Kommunen im Kreis Euskirchen kann nur eine Gemeinde zurzeit noch einen echten Haushaltsausgleich darstellen. Andere zittern sich über die Ausgleichsrücklage dahin.

Vier von elf Kommunen befinden sich heute schon im Nothaushaltsrecht. Und weitere werden folgen! Denn die Kosten im Sozialbereich werden weiterhin steigen.

Die Zahl der Hilfeempfänger und gleichzeitig damit verbunden die Höhe unserer Kosten hat sich massiv nach oben entwickelt. Eine Trendumkehr ist nicht ansatzweise erkennbar.

Die Kosten der Grundsicherung stiegen von 2005 nach 2008 um 43 %!

Von 2005 bis 2010 werden es sogar 53 % Steigerung sein!

Hilfe zur Pflege und Pflegewohngeld stiegen von 2005 bis 2008 um 17 %.

Bis 2010 werden es sogar 32 % sein!

Die Kosten der Unterkunft für SGB-II-Empfänger stiegen 2005 nach 2008 um 24 %.

Von 2005 bis 2010 werden es sogar 43 % Steigerung sein!

So wie sich die Entwicklungen mit wenigen Zahlen aus dem Kreis Euskirchen nachzeichnen lassen, so ist es auch in unserer gesamten Region festzustellen.

Jahr für Jahr mahnen wir an, dass Bund und Land ihren Pflichten im Hinblick auf eine auskömmliche kommunale Finanzausstattung nachkommen. Gleichwohl: bisher ist nicht erkennbar, dass sich etwas getan hat.

Stattdessen hört man gelegentlich sogar von einzelnen Vertretern der Landesseite den Satz, dass unsere Probleme hausgemacht seien. Aber auch durch Wiederholung wird solch eine Behauptung nicht richtiger. Die eben genannten Zahlen beweisen im Grunde schon das Gegenteil. Ich möchte daher hier und heute nochmals festhalten:

Die Entwicklung der sozialen Lasten ist für uns Kommunen durch Sparen nicht kompensierbar!

Diese Situation, wird sich weiterhin verschlechtern weil wir von Bund und Land schmählich im Stich gelassen werden:

- Die sozialen Lasten sind ungerecht verteilt,
- Finanzmittel, die den Kommunen zustehen, werden vorenthalten,

- zusätzliche Aufgaben werden ohne Beachtung des Konnexitätsprinzips aufgebürdet.

Gesamtgesellschaftliche Probleme können nicht auf Kosten der kommunalen Haushalte gelöst werden!

Da „schnippelt“ jeder Hauptverwaltungsbeamter in seinem Bereich am Haushalt herum, schließt Theater, Sportanlagen, Museen und dergleichen.

Da zerbrechen sich die Politiker im Kreistag und in den Gemeinderäten den Kopf über Streichungen in allen möglichen Bereichen und stellen dann gemeinsam fest:

Es reicht nicht!

Es sind keine Gestaltungsspielräume mehr da!

Uns steht in der Tat das Wasser bis zum Hals!

Und gerade dann wäre es tödlich, den Kopf hängen zu lassen und zu kapitulieren:

Wir brauchen ein regionales Bündnis gegen den Finanzkollaps.

Wir brauchen den Schulterschluss Städteregion, Kreise, Städte und Gemeinden in der Region.

D.h. Vereinbarungen, wie im Kreis Euskirchen, über interkommunale Zusammenarbeit müssen konsequent umgesetzt werden und dürfen vor den Kreisgrenzen nicht aufhören. Wir sind uns einig, dass es in Zukunft auch um „ungeliebte Kooperationsfelder“ und „heilige Kühe“ gehen muss.

Jede Krise hat auch ihre Chancen:

Über die Kreisgrenzen hinweg muss die Zusammenarbeit intensiviert werden mit dem Ziel Kosten einzusparen. Wir sollten alle Anstrengungen heben, um Synergiepotenziale durch Zusammenarbeit auszunutzen.

Ein letztes will ich noch kurz ansprechen:

Das ist dann auch die Zwickmühle, in der wir Landräte uns befinden:

Wir wollen die Strukturen in den Gemeinden fördern.

Als untere Kommunalaufsicht sind wir aber auf Grund der Vorgaben der Bezirksregierung gezwungen, Nothaushaltkommunen diese zusätzlichen Ausgaben und damit die Teilnahme an Förderprogrammen zu versagen.

Wir als untere Kommunalaufsicht brauchen dringend entsprechende Ermessensspielräume.

Wir wollen keine "Verhinderungsbehörden" sein.

Wir wollen dazu beitragen können, dass sich unsere Städte und Gemeinden, also die Landkreise insgesamt, weiter entwickeln.

Trotz- oder gerade wegen der schlechten Haushaltslage in den Städten und Gemeinden.

Wir wissen, Konflikte sind bei sämtlichen Veränderungen vorprogrammiert.

Im Namen aller Vertreter der Landkreise möchte ich deutlich sagen:

Zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der nachfolgenden Generationen scheuen wir keine Konflikte - auch nicht die mit Land und Bund, um die finanzielle Situation zu verbessern!

In diesen Zeiten muss die kommunale Familie zusammenrücken.
Und das tut sie.